Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — SV — Gegr. 1849. — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis ist freibleibend, die Einzelnummer kostet 15 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 23 — Olpe, Montag, den 28. Januar 1924. — 84. Jahrg.

Hetze.

Unser deutsches Volk und Vaterland hat gerade in den Jahren nach dem Krieg durch die persönliche Hetze, die in einem jeden anständigen Menschen direkt anekelndem Maße sich breit machte, die verhängnisvollsten Folgen zu tragen gehabt. Die Tage schlimmster Not Deutschlands haben sie etwas in den Hintergrund treten lassen, aber jetzt, da nur ganz zog sich der Schimmer eines Morgenrotes einer besseren Zukunft zu zeigen scheint, rühren sich die Elemente wieder, die mit ihrer Dreckschleuder wieder den persönlichen Kampf in Gang bringen. Mit Bewunderung hat ganz Deutschland zugesehen, wie das deutsche Volk an Rhein und Ruhr in gigantischem Ringen mit Heldenmut und Ausdauer trotz größter Not und Bedrückung den Kampf um sein Deutschtum gekämpft hat. Statt des Dankes aber, den wir diesen deutschen Mitbrüdern schulden, kommt aus dem „hellen" Sachsen in spaltenlangen Artikeln eine nach alten wohlbekannten Rezepten aus der Kulturkampfs- und Los von Rom-Hetze gemischte Flut fanatischen Geifers von vollständig unbegründeten gemeinsten persönlichen Verdächtigungen gegen die führenden Männer der Rheinlande, gegen die rheinische Zentrumspartei, welche die ganze Zentrumspartei, ja schließlich in religiöser Hinsicht alle Katholiken berührt.

Die national sein wollenden „Leipziger Neuesten Nachrichten" erheben gegen den Kölner Handelskammerpräsidenten Hagen, den Kölner Oberbürgermeister Adenauer und den Vorsitzenden der rheinischen Zentrumspartei Justizrat **Mönnig** den schweren Vorwurf, eine separatistische Bewegung in Gang zu bringen, die viel gefährlicher sei als die von minderwertigen Elementen in der Pfalz oder anderswo erfolgte, weil sie „bedeutend geschickter und viel dezenter aufgezogen" sei. Die ganze sachliche Basis dieser völlig unbegründeten und schon wiederholt zurückgewiesenen Vorwürfe ist das Eintreten des Handelskammerpräsidenten Hagen für die rheinische Goldnotenbank, die aber von fast sämtlichen Wirtschaftskreisen des besetzten Gebietes aus wirtschaftlichen Gründen gefordert wird. Diese einzige sachliche Begründung, worauf sich die aller gemeinsten persönlichen Vorwürfe aufbauen, geben die Leipziger Neuest. Nachr. aber sogar gleich wieder auf, in dem sie hinzufügen, mit der Goldnotenbank „müßten wir uns ebenfalls abfinden, um den Schwierigkeiten der Wirtschaft zu begegnen", so daß man verblüfft mit Reuters Onkel Braesig ausruft: „Daß du die Nase ins Gesicht behältst." Der „helle Sachse" an der Pleiße weiß genau, daß Adenauer wegen seiner großen kommunalpolitischen Pläne den „Rheinstaat" erstrebt, weil er sie dort eher verwirklichen kann. Leichtsinniger sind wohl selten solch schwerwiegende Verdächtigungen gegen einen um die nationale Sache wirklich verdienten Mann erhoben worden. Wer im Rheinlande und in Köln hinter die Kulissen hat sehen können, dem wird es schwer bei solchen Vorwürfen gegen den Kölner Oberbürgermeister aus wirklich vaterländischen Gründen schweigen zu müssen. Dasselbe gilt gegenüber den vagen Angriffen gegen den Vorsitzenden der rheinischen Zentrumspartei Justizrat **Mönnig**, den das Leipziger Blatt so gut kenni, daß es sogar' seinen Namen **Männig** schreibt, und ihm dabei unterschiebt: „Er **spielt** (!!!!) den einfachen schlichten ehrlichen Bürger." Es fällt einem, wenn man den Charakter und die Verdienste dieses Zentrumsführers kennt, und ihn in seiner selbstlosen unermüdlichen Arbeit jahrelang beobachtet hat, wirklich schwer, aus höheren Rücksichten nicht vor der Oeffentlichkeit von diesem Wirken jetzt sprechen zu können. Man sieht, wie gar keine sachlichen Gründe hier vorliegen. Jedoch, wozu braucht der „Kölner" Gewährsmann der Leipziger Neuesten Nachrichten für seine kühnen Carnevalsphantasien, worem ihn mancher Kölner „Bütter" und „Tünnes" beneiden wird, sachliche Unterlagen und Beweise. Einfacher und bequemer ist es, einfach sensationelle Behauptungen aufzustellen und aufs blinde losziphantasieren, sich dabei noch mit dem Mäntelchen patriotischer Sorge zu umgeben, wenn man dabei dem ††† Zentrum und den Katholiken nur eins aufs Dach geben kann. Das ist denn auch das Fazit seiner Darstellung. Er schreibt:

„Der Rheinstaat, der entstehen würde, wenn es nach den Wünschen und Plänen dieser drei Männer ginge, würde ein **großer katholischer Staat** werden. Wir stünden dann vor der Tatsache, daß wir in Deutschland einen großen katholischen Weststaat (Rheinstaat) und einen großen katholischen Südstaat (Bayern) besitzen würden. Auf der anderen Seite stünde das evangelische Rumpfpreußen. (Ei, denkt man in Leipzig denn nicht an Sachsen und Thüringen?) In dieser Konstellation läge zweifellos die Gefahr, daß die alten kulturpolitischen Gegensätze wieder aufleben würden, von denen wir mit Recht annehmen konnten, daß sie für immer erledigt seien. Letzten Endes wäre nicht ausgeschlossen, daß es wieder zu einer verschleierten **Rheinlandpolitik** käme."

Dafür aber wie wenig das Leipziger Blatt sich darüber Sorge macht, die kulturpolitischen Gegensätze erledigt zu lassen, was es hier heuchlerisch vorschreibt, bietet es in seiner folgenden Nummer (Nr. 18 vom 20. Januar) einen Raffinierten Beweis.

Vor neuen Steuern.

Die Goldnotenbank — Bevorstehende Ankunft der Sachverständigenkommission in Berlin.

Wieder neue Steuern?

Nach zuständigen Informationen von französische Seite ergibt sich, daß der erste Sachverständigenausschuß, der die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen hat und dessen Mitglieder nun nach Berlin kommen, dort eine genaue Untersuchung anstellen wollen darüber, ob nicht die gegenwärtig in Deutschland erhobenen Steuern doch noch erhöht werden könnten. Es scheint offenbar der Plan zu bestehen, eine solche Erhöhung, — man spricht von 10 Prozent, — für die Zwecke der Reparationszahlung zur Verfügung zu stellen. Von deutschen amtlichen Stellen liegt über diese Dinge noch keine Erklärung vor.

Eine Inflations-Steuer.

In politischen und parlamentarischen Kreisen beschäftigt man sich, wie man uns aus Berlin mitteilt, sehr nachdrücklich mit dem Plan der Schaffung der **Inflationssteuer**. Eine solche Steuer würde diejenigen zu treffen suchen, die während der Inflation dadurch große Gewinne machten, daß sie die Nutznießer der Geldentwertung waren. Es würden vor allem also solche Privatpersonen, aber auch Personenvereinigungen, Gesellschaften usw. betroffen, die unter dem Zeichen der Geldentwertung ihre früheren, in Goldmark eingegangenen Schulden tilgten und damit den Gläubigern als Gegenwert in Papiermark oftmals einen Betrag anboten, der noch nicht einmal die Kosten für eine Quittung deckte. Freilich erheben sich in den beteiligten Kreisen starke technische Bedenken, ob eine solche Steuer durchführbar ist und ob ihre Erhebung nicht durch den dafür aufzubietenden persönlichen und sachlichen Apparat in Frage gestellt würde. Dennoch glaubt man auf eine solche Steuer und ihre möglichst nachdrückliche Durchführung nicht nur im Interesse der Steuergerechtigkeit, sondern auch im Interesse der Reichsfinanzen nicht verzichten zu können. Der Plan unterliegt gegenwärtig den beteiligten Ressorts der Reichsregierung.

Dr. Schacht erstattet Bericht in Berlin. Die Ruhr- und Rheinfrage.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 27. Januar.

Gestern nachmittag fand in der Reichskanzlei eine Besprechung unter Hinzuziehung des preußischen Ministerpräsidenten statt. Reichsbankpräsident Dr. **Schacht** erstattete Bericht über seinen Pariser Aufenthalt, woran sich eine Aussprache über außenpolitische Fragen anschloß. Auch die Rhein- und Ruhrfrage wurde eingehend erörtert, wobei sich erneut das völlige Einvernehmen zwischen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung ergab.

Privatbanken und Goldnotenbank.

Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der nun wiederum in Berlin eingetroffen ist, hat, wie man von dort mitteilt, sofort mit den Direktorien der großen Privatbanken Fühlung genommen, um ihre Auffassung bezüglich einer Kapitalbeteiligung an der zu schaffenden Goldnotenbank zu hören. Solche Verhandlungen sind allerdings schon früher eingeleitet worden und haben zu einer prinzipiellen Zustimmung der Großbanken und anderer Privatbanken geführt. Es handelt sich jetzt darum, zu festen Entschließungen zu kommen, und die Pariser Erfahrungen des Reichsbankpräsidenten sollen diesen Entschlüssen zugrunde gelegt werden. Die Berechtigung, die Privatbanken für eine solche Kapitalbeteiligung an der Goldnotenbank heranzuziehen, ergibt sich nach Auffassung maßgebender Stellen durch die Tatsache, daß die Reichsbank immer wieder den Großbanken und den wirtschaftlichen Organisationen erhebliche Kredite gegeben habe. Darum wird es als Pflicht der Großbanken betrachtet, auch ihrerseits dem Reiche durch Kapitalbeteiligung und auch durch Hergabe von Devisen- und Metallreserven den Wiederaufbau und die Festigung der Währung sichern zu helfen.

Die Berliner Beratungen der Sachverständigen

werden bereits am **Dienstag Abend** beginnen. Die Mitglieder des 1. Sachverständigenausschusses treffen Dienstag mittag in Berlin ein, die des 2. am Mittwoch Nachmittag. Zu den Beratungen führen die Sachverständigen einen großen Stab von technischen Mitarbeitern mit sich, und auch die Reichsregierung hat innerhalb der Ministerien besondere Maßnahmen getroffen, um die Beratungen sachgemäß und rasch durchführen zu können.

Die endlose französische Kammerdebatte

Die französische Kammerdebatte über die Maßnahmen zur Hebung des französischen Frankenkurses gestaltete sich recht ausführlich. Am Freitag kam man zu keinem Schluß und auch am Samstag wollten die Redner ihre Lungen noch nicht schonen. Scharf wurde Poincare besonders von der Linken, insbesondere von dem Abgeordneten Herriot angegriffen. Poincare selbst sang sein altes Lied von der Schuld der bösen Deutschen, die noch 10 Prozent Steuern mehr zahlen müßten, damit der französische Spießbürger in Ruhe seine Renten verzehren könne, wobei er zu erwähnen vergaß, daß das Ruhrabenteuer doch eigentlich daran Schuld sei. Durch seine ewigen Beteuerungen seiner alten Leier macht er sie nicht wahrer. Die Wunderdoktoren wollten nun all ihre Künste an der französischen Währung zeigen.

Bis zum Beginn des Nachmittags lagen der Finanzkommission der Kammer etwa 65 Abänderungsanträge zu dem Sanierungsentwurf der Regierung vor. Die Finanzkommission beabsichtigt, die Entwürfe am kommenden Montag zu sichten bevor die Kammer in die Erörterung der einzelnen Artikel eintritt. Es wird angenommen, daß Poincare, der nach dem Abgeordneten Auriol das Wort ergriff, nur noch die Beantwortung seiner Rede durch den Abgeordneten zulasse und dann den Schluß der Generaldiskussion verlangen werde, wobei er gewillt sein soll, noch die Vertrauensfrage zu stellen.

Die Verkehrshemmung durch französische Unfähigkeit.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Elberfeld, 28. Jan. **(Telegr.)**

Hier sind 206 Postbeiwagen für den Uebergang Vohwinkel abgestellt, da die französische Zollabfertigung durch ihre langsame und zeitraubende Abfertigung den Weiterlauf unmöglich macht.

Französische Verseuchungsmanöver.

Neuerdings richten die Franzosen in den Städten des Industriebezirks politische Polizeibüros ein, die lediglich die Aufgabe haben, die deutschen Behörden zu bespitzeln. Französische Kriminalbeamte versuchen mit allen Mitteln, Beamte und Angestellte deutscher Behörden zu bestechen, um Einblick in die politische Tätigkeit der deutschen Behörden zu gewinnen. Besonders offen betreibt der französische Kriminalinspektor Hoffmann in Mülheim (Ruhr) (früher deutscher Gastwirt in Metz und Straßburg) die schamlosen Versuche, Deutsche zur Verletzung des Amtsgeheimnisses und zur Herausgabe von Aktenmaterial zu verleiten. Er scheint auch in einigen Fällen hierbei Erfolg gehabt zu haben. Neuerdings hat er vor einigen Tagen den Angestellten W. S in Mülheim gezwungen, ein in französischer Sprache abgefaßtes Protokoll zu unterschreiben daß er Spionage gegen die Entente getrieben habe. Durch Mißhandlungen und Drohungen, daß er eine langjährige Zuchthausstrafe zu erwarten habe, falls die erzwungene) Aussage dem französischen Kriegsgericht übergeben würde, suchte der französische Kriminalinspektor den S. für die französische Spionage gefügig zu machen und stellte ihm für den Fall der Bereitwilligkeit laufend größere Geldbeträge in Aussicht. Da S. nicht zum Vaterlandsverräter werden wollte, hat er sich durch Flucht in das unbesetzte Gebiet dem französischen Einfluß entzogen. Hoffmann brüstet sich offen damit, er habe Deutsche, die für die französische Polizei Spitzeldienste leisten, den deutschen Gerichten entzogen.

„Wenn die Weltmacht, die hinter dem Zentrum steht, sich solcher Strömungen und Richtungen für ihre höheren Zwecke bedient, so muß das Zentrum sich das gefallen lassen und unter Umständen zusetzt auch mitgehen. Daher ist das Zentrum in hohem Maße die Partei, die „auch anders kann"... Das Zentrum kann sich mit vielem abfinden, was für andere Parteien unerträglich wäre, wofern es nur den Interessen der hinter ihm stehenden **Weltmacht der römischen Kirche,** nicht schnurstracks zuwiderläuft. Und die römische Kirche — wer will ihr einen Vorwurf daraus machen! — treibt, wie jede Weltmacht, die Politik, die ihrem Wesen gemäß ist, nicht die Politik, die uns am angenehmsten wäre. Denkt der politische Engländer in Erdteilen, so denkt die Politik der Kirche in Jahrhunderten. Sie kann was wir nicht können und nicht wollen: über „zeitliche Erscheinungen" wie den deutschen Protestantismus und den konfessionslosen deutschen **Einheitsstaat** hinwegsehen. Und wenn sie da staatliche Gebilde sieht, wie ein Süddeutschland unter Führung eines katholischen Bayerns und einem unabhängigen Rheinstaat mit katholischer Mehrheit und katholischer Regierung — wer will sie darum schelten? Das Interesse der **Kirche** kann fordern, daß sie sich auf solche Veränderungen einstelle, und das Zentrum wird, wenn sie es tut, deshalb noch nicht protestantisch werden. Unsere Dummheit aber wird es gewesen sein, wenn wir uns die ganz anderen Maßstäbe, womit die **Kirchenpolitik** irdische Werte zu messen gewohnt ist, gar nicht vorstellen können."

Eine solche grundlose Pauschalverleumdung der **katholischen Kirche** müssen wir uns ganz energisch verbitten. Die Zeiten der konfessionellen Hetze müßten denn doch endlich vorbei sein und die Lage unseres Volkes ist doch tatsächlich immer noch so ernst, daß, wer inneren Zwist sät und grundlos den furor protestanticus durch gemeine Hetze gegen die katholischen Volksgenossen zu entfachen sucht und die Katholiken durch die vollständig unberechtigte Verleumdung der katholischen **Kirche** herabsetzt, sicher eher alles andere als eine nationale Tat begeht. Er liefert doch nur den Sonderbündlern Wasser auf ihre Mühlen. Er ist aber auch wenig informiert über das Wirken des deutschen Episkopats und der katholischen Geistlichkeit am Rhein. Verbitten müssen wir uns aber auch die Pauschalverleumdung des **Zentrums** durch das Leipziger Blatt. Wir können es nur als den vorbauenden Versuch einer verächtlichen Kneiferei bezeichnen, wenn im gleichen Atem von der Zentrumspartei gesagt wird, sie „meine" es zweifellos bitter ernst, wenn sie an die Spitze ihrer politischen Forderungen die Einheit des Reiches, die wirtschaftliche und politische Einheit des Reiches stelle. Aber es gebe halt „Richtungen" wie in jeder Partei. Das müßte eine nette Partei sein, die an die Spitze ihrer politischen Forderungen ein Bekenntnis stellt, das zugleich von „Richtungen" in ihrem Schoße fröhlich verleugnet werden dürfte! Nein, die Einheit des Reiches ist eine Forderung, die überhaupt außerhalb jeder Debatte und weit über jedem Richtungsstreit für eine deutsche Partei in Sonderheit für die Deutsche Volks- und Verfassungspartei des Zentrums steht. Gerade das rheinische Zentrum, das Zentrum des besetzten Gebietes hat aber dafür Opfer gebracht, die den Herren in Leipzig auch nicht unbekannt sein können. Opfer haben viele Tausende unserer Gesinnungs- und Parteigenossen, darunter zahlreiche in führender Stellung in der Zentrumspartei, in staatlichen und kommunalen Aemtern, auch viele katholische Geistliche, ferner zahlreiche Männer der Zentrumspresse ihrer deutschen Treue gebracht; nicht zuletzt die unendlichen Sorgen und verzehrenden Mühen, die gerade auch die angegriffenen Kölner Persönlichkeiten der deutschen Sache geopfert haben und ohne Rücksicht auf Dank oder Undank fortgesetzt opfern. Nicht zu diesen „Opfern" rechnen wir, aber als Beweis der Unbedenklichkeit, mit der die Rheinische Zentrumspartei das Gesamtinteresse des Vaterlandes über jede, auch an sich unanfechtbare Bestrebung des inneren politischen Lebens stellt, dürfen und müssen wir hier in Erinnerung bringen, wie sie **gemeinsam** mit allen rheinischen Parteien — als stärkste derselben — den Grundsatz aufgestellt hat: auch kein berechtigtes Verlangen im Rahmen der Verfassung von Weimar nach Neugliederung des Reiches, also keine Abstimmung über Schaffung eines rheinischen Bundesstaates, **solange fremde Macht hier am Rhein gebietet!**

Diesen Grundsatz hat das Zentrum, wie die K. V. mit Recht betont, haben insbesondere die vielverdächtigten rheinischen Führer bis in die allerjüngste Zeit unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen festgehalten. Es gibt keine Aenderung dieser Lage, wenn sie nicht darin besteht, daß die Bedrohung der Reichseinheit von Westen her aufhört, und sie wird zweifellos erst dann aufhören, wenn durch eine allgemeine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich — unter Mitwirkung natürlich aller Alliierten — dem ganzen Rheine seine Freiheit und seine volle, lebendige Verbindung mit dem Deutschen Reiche zurückgegeben wird. Nur dies kann das Ziel aller Bestrebungen und Anstrengungen der rheinischen Deutschen sein, die darum auch besonderen Grund haben, für eine Verständigung der Völker einzutreten, die diesen Namen verdient. Und in dieser Verständigung der Völker, und zwar im besonderen des französischen und des deutschen Volkes schlechthin, nicht etwa einer Spezialverständigung eines wie immer gearteten Rheinlandes mit Frankreich, sehen wir die einzige „Sicherheit", die für beide Völker praktisch möglich ist; solche Sicherheit, also gerade auch für uns Deutsche, erstreben wir Rheinländer, nicht die securite der giftigen Leipziger Unterstellung.

Der **deutschen** Sache nützen sicherlich die Ausführungen der Leipziger Neuesten Nachrichten nicht und es ist recht bezeichnend, daß sogar Blätter, die nicht im „hellen Sachsen" erscheinen, sondern nicht ganz weit vom Rheinlande wie die Gummersbacher Zeitung von ihren antikatholischen Instinkten sich so verblenden lassen, daß sie auf das Geschreibsel der Leipziger Neuesten Nachrichten hereinfallen und in großer sensationeller Aufmachung dieses Phantasieprodukt bringen. Wir hätten doch hier mehr Kenntnis der wirklichen Verhältnisse im Rheinlande vorausgesetzt.

Wir bedauern, in dieser ernsten Zeit gezwungen zu sein, derartige Zeilen behandeln zu müssen. Doch solche Verleumdungen konnten wir nicht unwiderlegt lassen. **Möge doch endlich, ehe es zu spät ist,** bei unseren Gegnern die konfessionelle grundlose Hetze verstummen, möge der unselige persönliche Kampf aufhören, da heute mehr denn je die aufbauende Arbeit aller Parteien und Konfessionen zum Wohle der ganzen deutschen Volksgemeinschaft nötig ist, die man durch solche Hetze zum Schaden des deutschen Volkes und zum Nutzen unserer Gegner, wie Poincare, die hiermit schöne Propaganda machen werden, in der schlimmsten Weise sabotiert.

Dr. M.

Die französischen Erpresser wieder an der Arbeit.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Frankfurt, a. M., 28. Jan.

Wie die Frankfurter Zeitung meldet, sollen die Franzosen gestern überraschenderweise die 3 Hauptkassen der städtischen Sparkasse in Mainz besetzt haben, um die Zahlung einer Kontribution von 100 000 Goldmark (100 Billiarden Papiermark) wegen der beim Separatistenputsch in Mainz erfolgten Erschießung des französischen Professors Content zu erzwingen.

* Gehen die französischen Räuber so vor, so werden alle Bemühungen der Sachverständigen aller Länder zur Stabilisierung der deutschen Währung wenig nützen. Echt französisch jammert man über die betrügerische Sabotage der deutschen Regierung in der französischen Kammer und vor der Welt und dabei sabotiert man selbst auf die tollste Weise, nach dem alten Rezept: „Haltet den Dieb!"

Die Pfalz bleibt deutsch!

Eindrücke eines Beobachters.

der Hardt stehen zwei Schwarze in Kaki-Uniformen de rhardt stehen zwei Schwarze in Kaki-Uniformen mit aufgepflanztem Seitengewehr. Vom Gebäude weht eine Flagge der separatistischen Pfalz herab, umwunden mit zwei Trauerflören. Kein Pfälzer naht sich diesem Zeichen der Trauer mit irgendwelcher Anteilnahme der Trauer. Durch die Stadt schleichen vereinzelte Separatisten — Menschen mit einem Gesichtsausdruck, der sie sofort als servile Diener der Franzosen kennzeichnet; sie sind mangelhaft und unordentlich ausstaffiert. Kommt ein französischer Offizier oder Unteroffizier vorbei, so grüßen sie dieselben. Der Gruß wird aber von französischer Seite kaum erwidert. Die Bevölkerung der Pfalz sieht über diese Separatisten einfach hinweg. Sie werden, soweit sie sich auf der Straße zeigen, überhaupt nicht beachtet. Die Industrie der Pfalz leidet große Kreditnot, denn bei den unsicheren politischen Verhältnissen ist schwer schwer Kredit zu erlangen. Infolgedessen ist auch die Arbeitslosigkeit ganz besonders groß. Wir müssen gerade der pfälzischen Industrie möglichst bald zur Hilfe kommen, indem wir ihr Aufträge geben und Aufträge finanzieren. Die Stimmung der Bevölkerung ist trotz all der erlittenen Schwierigkeiten und trotz der täglichen Bedrückung mannhaft und fest. Das äußert sich deutlich in der Haltung der ganzen Bevölkerung. In Speyer residiert General de Metz. Er pflegt die Deputationen der Pfälzer mit den Worten zu empfangen: „Rasch, rasch meine Herren, ich habe wenig Zeit." Die Separatisten sind ein Häuflein von ein paar hundert minderwertigen Menschen, die von den Franzosen bewaffnet und bezahlt werden. Aber sie können trotz ihrer Minderzahl jeden Terror ausüben, da sie von den Franzosen gedeckt werden. Wer die Pfalz jetzt in ihren schwersten Stunden besucht hat, weiß aber ganz genau, daß mehr als 99 Prozent der Bevölkerung echt deutsch denken und nie zulassen werden, daß die Pfalz aus dem Deutschen Reich ausscheidet. Wir Deutschen im unbesetzten Gebiet können uns nicht vorstellen, was die Pfälzer leiden. Es ist der stille Heldenkampf eines deutschen Volksstammes, den auch General de Metz und seine Trabanten nicht durch Bedrohungenff oder Bedrückungen werden auslöschen können.

Der Terror der Separatisten in der Pfalz.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Kirchheim-Bolanden, 28. Januar.

Die Separatisten haben der Stadt Kirchheim-Bolanden eine **Geldbuße von 15 000 Franken** auferlegt, weil die Separatistenfahne vom Rathaus heruntergeholt worden sei. Heute vormittag wurden die Stadträte, Rechtsanwalt Decker und der 2. **Bürgermeister Butz verhaftet.**

Die Verantwortlichkeit der französischen Befehlshaber.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

London, 27. Januar.

Der Sonderberichterstatter des Manchester Guardian in Speyer sendet seinem Blatte eine ergreifende Schilderung der Leiden der pfälzischen Bevölkerung unter der französischen und separatistischen Bedrückung, für die Tirard und General de Metz verantwortlich sind.

Deutsches Reich

Der Abbau des Reichswirtschaftsrates.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 28. Jan.

Von dem bisherigen Abbau der Reichsstellen ist, wie wir hören, auch der vorläufige Reichswirtschaftsrat stark betroffen worden. In erster Linie sind die Aufwendungen für die Mitglieder insbesondere infolge Einschränkung der Eisenbahnfreifahrtkarten für die ordentlichen Mitglieder der drei Hauptausschüsse auf etwa den 3. Teil vermindert worden. Auch die Sitzungen sind im Interesse der Ersparung von Diäten und anderen Kosten auf das geringstmöglichste Maß beschränkt worden. Das am 1. 4. 23 vorhanden gewesene Beamten- und Angestelltenpersonal (ausschließlich der Arbeiter) in Stärke von 53 Köpfen ist auf 25, also um 53 Proz. abgebaut worden. Gegenüber den Ausgaben für die Aufwendungen an die Mitglieder betragen die Verwaltungskosten einschließlich der Gehälter und Löhne nur einen geringen Bruchteil der Gesamtausgaben.

Die Zivilprozeßreform.

In den Besprechungen des Reichsjustizministers mit den führenden Mitgliedern der Reichstagsfraktionen ist eine Verständigung erzielt worden, daß der im Reichsjustizministerium ausgearbeitete Gesetzentwurf einer Zivilprozeßreform nicht im Verordnungswege auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen, sondern zunächst dem Rechtsausschuß des Reichstags zugeleitet wird, vonwo er an das Plenum gelangen soll.

Die Universität Frankfurt a. M. und das Zentrum.

Aus dem Preußischen Landtag wird uns geschrieben:

Der Abgeordnete Link-Wiesbaden (Z.) erklärt zur Vorlage „Finanzierung der Universität Frankfurt" die **Zustimmung** zur Vorlage namens des Zentrums: Das Zentrum wurde es als einen **kulturellen Rückschritt** bezeichnen, wenn an der Erhaltung oder an dem Bestande der Universität Frankfurt gerüttelt würde. Wenn bei Gründung derselben, für die Finanzierung andere Voraussetzungen maßgebend waren, so haben die Ereignisse der letzten Jahre eine neue Lage geschaffen. Dadurch werden seitens des Staates finanzielle Opfer gefordert, welche im Interesse der außerordentlich wichtigen Sache gebracht werden müssen. Die Vorlage wurde **gegen** die Stimmen der **Deutschnationalen** Volkspartei angenommen.

)(Postbeamte und Zentrum.

In der „Deutschen Post" wurde der Zentrumsabgeordnete Allekotte wegen angeblicher Aeußerungen angegriffen, die er über die Schalterbeamten gemacht habe. Es heißt in den Ausführungen wörtlich:

„Er begrüßt, daß am Schalterdienst nun endlich die unfähigen Beamten durch die hochqualifizierten ersetzt werden und verlangt ebenfalls die Zurückziehung der aus den unteren Besoldungsgruppen im Sorterdienst beschäftigten Beamten."

Dazu schreibt uns der Abgeordnete Allekotte unter anderem: Der in der „Deutschen Post" gebrachte Bericht ist sehr dürftig und einseitig, in mehreren Punkten auch völlig unrichtig. Eine Herabsetzung der ehemaligen unteren Beamten hat mir nicht nur ferngelegen, sondern ist von mir auch absolut nicht erfolgt. Schon vor zwei Jahren wies ich auf die Notwendigkeit der Beschäftigung **aller** Postbeamten nach Befähigungs- und Leistungsgrad, ohne Rücksicht auf ihre Einstufung in die Besoldungsgruppe hin, und zwar unter der ausdrücklichen Betonung, daß in den meisten Fällen Schuld an der mangelhaften Leistung die Amtsleiter der Verkehrsanstalten und deren Berater seien. Diese wiederholt gemachten Ausführungen, bei denen ich mich auf über hundert mit aus den wirtschaftlichen Klagen und Beschwerden stützte, sind von den Mitgliedern des 27. und 42. Ausschusses fast einstimmig als zutreffend anerkannt worden. — Es ist mir noch vorgeworfen worden, daß ich mir das Ziel gesteckt hätte, „den Aufstieg der unteren Beamten zu bekämpfen." Mit den zahlreichen Briefen aus Kreisen der ehemaligen unteren Beamten und mit der geliehenen Hilfe sowie mit dem Hinweis auf meine nahezu 40jährige Dienstzeit und das in dieser Zeit bestandene Verhältnis meinerseits zu den unteren Beamten kann ich das Gegenteil beweisen. Daß ich mit meiner Stellungnahme auch bei der Reichspostverwaltung Zustimmung gefunden habe, geht aus den inzwischen ergangenen Verfügungen hervor.

Ausland

Schweizer Spenden für die notleidenden Länder.

Der Schweizer Bundesrat hat beschlossen, einem im Nationalrat eingebrachten Antrage in der Weise Folge zu leisten, daß für die Milderung der Not in Deutschland 80 000 Franken, zu gunsten der ungarischen Kinder 10 000 Franken und zu gunsten der französischen Kinder 5000 Franken, also im ganzen 95 Franken als Bundesbeitrag gewährt werden sollen.

Abreise des ungarischen Ministerpräsidenten von Paris.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 27. Januar.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen hat heute vormittag die Rückreise nach Budapest angetreten. Er wohnte heute vormittag einer Sitzung der Reparationskommission bei, in der über die ungarische Anleihe verhandelt wurde. Da die Reparationskommission noch nicht völlig über die Frage einig ist, hat sie eine ungarische Kommission beauftragt, am kommenden Dienstag einen Bericht auszuarbeiten, der sodann durchberaten werden soll.

Der jugoslawische Ministerpräsident bei Mussolini.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Rom, 28. Jan. (Agencia Stefani.)

Gestern vormittag fand im Siegessaal des Palazzo Chigi eine längere Unterredung zwischen Mussolini und Pasitsch statt, die völlige **Uebereinstimmung** ergab.

* Diese Unterredung steht mit dem fertigen Abkommen Italien-Jugoslawien im engsten Zusammenhang, das die Fiumefrage beseitigt und den großen Block England-Spanien-Italien vervollständigt. Diese offiziöse Erklärung der italienischen Depeschenagentur bedeutet von neuem ein Sinken des französischen Einflusses in Osteuropa und eine Verstärkung des gegnerischen Einflusses Englands in einem Gebiete, in dem Frankreich im Trüben zu fischen glaubte.

Abbröckeln des englischen Eisenbahnerstreiks.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

London, 28. Januar.

Reuter meldet, die Berichte aus den verschiedenen Teilen Englands weisen darauf hin, daß der Personen- und Güterverkehr überall zunimmt. Der Eindruck besteht, daß der Eisenbahnerstreik seinen Höhepunkt überschritten hat.

Amerika erkennt Sowjetrußland nicht an.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

London, 28. Jan. (Drahtmeldung.)

Blättermeldungen aus Washington zufolge hat Präsident **Cooladge** zum Ausdruck gebracht, daß die **Vereinigten Staaten** durch keine Aktion Großbritanniens zur **Wiederherstellung der Beziehungen mit Sowjetrußland berührt werde.** Reuter zufolge betrachte Senator Borah die bevorstehende Anerkennung der Sowjetregierung durch die britische Regierung als einen staatsmännisch mutigen Schritt, der einen ausgesprochenen Bruch mit der Bitterkeit, den Haß und der Unduldsamkeit der Kriegszeit darstellt.

Vom Bankrott des Bolschewismus.

Nachdem der Bolschewismus in Rußland mit seinen sozialistischen Experimenten Land und Leute ins tiefste Elend gestürzt hatte, sah er sich zu einem Systemwechsel gezwungen. Die Sowjetregierung proklamierte zu diesem Zwecke vor zwei Jahren die „Nepo", d. h. die „Neue ökonomische Politik", einen höchst eigentümlichen Versuch des Zusammenwirkens sozialistischer und privatwirtschaftlicher Prinzipien.

Obwohl der Bolschewismus versucht hatte, die private Wirtschaft mit Stumpf und Stiel auszurotten, war ihm dies nicht gelungen. Umgekehrt sah er sich gezwungen, ihr, die sich auch in der sozialistischen Wirtschaft immer wieder durchsetzte, in Gestalt der „Nepo" Konzessionen zu machen, und zwar derart, daß der privatwirtschaftliche Kleinverkehr, der bisher strafrechtlich verfolgt wurde, wieder zugelassen wurde. Ferner wurde die Kleinproduktion bezw. ein Teil der Großproduktion wieder in private Hände überführt und schließlich ein entsprechender Umbau des ganzen Staatsapparates und der Finanzpolitik vorgenommen.

Ueber die Ergebnisse dieser „Nepo" berichtet in der neuesten Nummer des Firn (1923, 19), einer sozialistischen Halbmonatsschrift, Dr. E. Hurwicz in einem Artikel, in welchem er am Schlusse die folgt das Fazit zieht: „Während der kurzen Periode des Funktionierens der Nepo zeigten sich bereits die Symptome der Krise und die Grenzen der Nepo selbst. Wie ein roter Faden geht durch die Entwicklung der Nepo das Wachstum der privatwirtschaftlichen Aktivität. Im Handel, in der Industrie, in der Landwirtschaft — überall nehmen privatwirtschaftliche Kräfte ihre Positionen ein, befestigen sie sich und machen fortwährend Ueberfälle auf die Staatswirtschaft, die diesem neuen Kreislauf nicht standhalten kann. Nach der jüngsten Berechnung eines Autors in den vom Finanzkommissar sowie von der Sowjetregierung herausgegebenen „Tagesfragen der Finanzpolitik" **beträgt das Staatsbudget** für 1923 rund eineinhalb Milliarden Goldrubel, während die Volkswirtschaft ohne Ruin höchstens 800 bis 1000 Millionen Goldrubel geben kann. Sein Vorschlag geht dahin: **den Staatsapparat bis** ans Minimum zu verkürzen, die **Arbeitslöhne zu** verringern und jegliche Subsidierung der Industrie aufzugeben. Wir sehen nunmehr klar die von der Sowjetregierung liegende Alternative: entweder den Weg des Obersten Volkswirtschaftsrates oder den des Finanzkommissariats zu gehen; entweder die Industrie oder das Budget. Der tiefere Sinn dieser Alternative ist aber: entweder Politik oder Wirtschaft."

Aus Rußlands Geschichte der letzten fünf Jahre ergibt sich allgemein die Lehre, daß sich ein gesundes Staatswesen nur auf einer gesunden Wirtschaft aufbauen und letztere hinwiederum nicht herbeigeführt werden kann durch staatssozialistische Experimente, sondern nur durch eine kraftvolle privatwirtschaftliche Initiative, für die allerdings das Gemeinwohl **stets das höchste Gesetz** sein muß.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

(**) Olpe, 28. Jan. Der Gesangverein „Cäcilia" Olpe gab gestern abend ein Konzert im „Schwanen", wie man es nicht besser wünschen konnte. Das Programm schon verbürgte dafür, daß die Stunden gut verliefen, namentlich in Anbetracht dessen, daß die „Cäcilia" weiß, was sie leistet. Auf all die schönen Lieder, die der Gesangskunst geweiht waren, können wir nicht im Einzelnen eingehen. Exakt waren die Gesangvorträge alle! Besonders hervorheben möchten wir die Widergabe des „Zerlott"schen Heldengrabs, Landerkennung von Grieg, Hänsel und Gretel (Bauer) und vor allem Lacrimae Christi, was ganz besonders guten Anklang fand. Kein Zweifel wird unter den sicherlich in jeder Beziehung befriedigten Besuchern des wirklich guten Konzertes herrschen, daß die Zwischenspiele am Klavier und Flöte, Frl. Maria Halbfaß und Herrn Willy Deimel auch das allerbeste Lob verdienen. Besonders schön war es auch, daß Herr Rübiger auf der Geige eine nicht zu unterschätzende Rolle als Geiger spielte.

Nur ein Mädchen.

Eine einfache Erzählung aus dem Leben.

19) **Von B. v. Winterfeld.**

Nun ist alles anders gekommen. Ich weiß es von Franz selbst. Und ich darf jetzt zu dir kommen, Geliebteste, denn der große Arzt, Professor R., den ich in Berlin aufsuchte, erklärte mich für gesund und riet mir, mir bald eine treue Lebensgefährtin zu suchen. Ich wußte, Linchen, daß ich nicht erst zu suchen brauchte."

Er zog sie fester an sich und küßte sie zärtlich: „Laß uns Gott danken, mein Lieb, der alles so wunderbar und so schön gefügt hat!"

„Ja, laß uns ihm danken, Heini. Weißt du noch, hier an diesem Platz nahmen wir uns vor vielen Jahren vor, ihn immer wieder zu bitten, dich gesund und stark zu machen und dir zu helfen. Damals war dein Leben so traurig. Wir hätten nie gedacht, daß er unsere Gebete so herrlich erhören würde!"

„Daß unser ganzes ferneres Leben ein Dank sein für unser großes, großes Glück!"

* * *

Jahre waren vergangen. In die Kastanienallee, die auf das Portal des Schlosses zuführte, bog ein Reiter. Ernst und wettergebräunt war sein Gesicht, es heiterte sich auf, als zwei kleine Knaben von etwa vier und drei Jahren ihm entgegensprangen.

„Onkel Franz, Onkel Franz!" riefen die hellen Stimmen, „weißt du schon, daß wir eine kleine Schwester haben?"

Ja, er wußte es schon, denn Heino hatte ihm das frohe Ereignis schon tags vorher telephonisch mitgeteilt, und er kam jetzt, seinen Glückwunsch persönlich zu bringen. Er übergab das Pferd dem herbeieilenden Stallknecht, strich den Buben liebevoll über die Krausköpfe und betrat mit ihnen die Vorhalle. Heino hatte ihn kommen sehen und eilte entgegen.

„Es ist ein Prachtmädelchen, Franz, und Lina ist so glücklich!"

„Nun, alter Freund, meine herzlichsten Glückwünsche! Und du mußt wissen, daß ich eben nur gekommen bin, um mich als Paten deines Töchterchens zu melden. Ich hoffe, dieses Wunsch wirst du mir nicht versagen. Als Patengeschenk verschreibe ich ihr noch heute Burgfelden nebst Zubehör — nach meinem Tode." Und als Heino lachte, fuhr er fort: „Es ist mein voller Ernst. Deine beiden Jungens sind ja versorgt, durch Waldenstein der eine, durch Seeburg der andere, aber dein Töchterchen soll nicht einst arm wie eine Kirchenmaus bleiben. Nein, ihr Patenonkel wird schon für sie sorgen, noch heute mache ich alles fest."

„Aber, ich bitte dich, Franz, du kannst doch unmöglich schon jetzt solche Entscheidungen treffen. Bedenke doch, du bist noch jung, in den besten Jahren und wirst doch selbst —"

„Höre auf, lieber Freund! Ich denke, dies Thema lassen wir ruhen. Du kennst mich ja und mußt wissen, wie ich über meine Zukunft denke. Ich werde nicht heiraten. Mein Bestreben soll nur sein, für meine Gutsinsassen zu sorgen als rechter Herr und meine Pflichten treu zu erfüllen, wie ich es von Lina gelernt habe. Jetzt werde ich mich doppelter Freude wirtschaften, nun ich weiß, für wen ich arbeite. Darf ich mein Patchen sehen?"

Heino legte den Arm um Franzens Schultern und führte ihn in das Kinderzimmer, wo der alte Graf im Lehnstuhl saß, das jüngst geborene Enkelchen im Tragekissen auf den Knien haltend. Freundlich streckte er den Eintretenden die Hand entgegen.

„Möchte dies Kind ein Segen für seine Umgebung werden, wie es unser Linchen ist," begann er bewegt. „Ach, damals klagte man in Waldenstein: „Nur ein Mädchen!" und dann hat Gott das Kindchen, das man mit so großer Enttäuschung empfing, uns allen zur Quelle des Glückes und des Friedens werden lassen! Ja, ja, wir sind recht kurzsichtige Menschen und sehen nur auf den Augenblick, vergessen so oft, daß Gott das Leben und unsere Zukunft in seiner Hand hält und anders gestalten kann, als wir meinen." Dann reichte der Greis Heino ein Kissen. „Sieh, lieber Sohn, dies hatte ich meiner seligen Frau bestimmt, als unser Kind geboren wurde, es kam dann alles so anders, und sie hat das Geschenk nie erhalten. Eib es jetzt Linchen zur Erinnerung an den Geburtstag ihres Töchterchens und erzähle ihr, daß es einst ihrer lieben Mutter bestimmt gewesen."

* * *

Als Heino später das Zimmer seiner jungen Frau betrat, empfing ihn diese mit strahlendem Lächeln.

„O, Heini, was fehlt uns noch an unserem Glück? Gott gibt uns fast zu viel!"

„Wir wollen ihm zu danken suchen, indem wir viel Liebe üben an denen, die weniger glücklich sind!" Er küßte sie zärtlich. „Liebling, Franz war hier, er hat, Patenstelle bei unserem Kleinchen annehmen zu dürfen, und ich denke, wir gewähren ihm diesen Wunsch, was meinst du?"

„Gewiß, ich finde es sehr schön und freue mich darüber."

„Er ist doch ein treuer, selbstloser Mensch geworden," fügte Heino hinzu, „ich glaube, durch dich, Linchen."

„O nein, eher durch dich, Heini," wehrte sie und drückte ihres Gatten Hand.

„Nun mußt du aber Ruhe haben, Liebling, gute Nacht, mein Herz," und leise verließ er das Gemach und trat im Nebenzimmer an die Betten seiner schlummernden Knaben, die mit hochroten Wangen von dem neuen Schwesterchen träumten.

Ueber dem Parke stand der Vollmond, und eine Nachtigall sang im Jasmingebüsch.

* * *

Wieder waren Jahre vergangen, der alte Graf ist längst zu seinen Vätern versammelt. Die jungen Söhne von Graf Heino hatten die Universität bezogen, und das Töchterchen lebte und schaffte, sang und erfüllte Schloß und Dorf mit Sonnenschein, wie einst ihre Mutter.

„Mir ist oft, als träumte ich, Heino, wenn ich dein Kind ansehe," sagte Franz zuweilen, „ich meine immer, es ist Linchen, und wir beide, du und ich, wären noch jung."

„Sie gleicht ihr sehr," erwiderte der glückliche Vater, „auch inwendig, sie hat dasselbe warme, treue Herz, wie ihre Mutter."

Noch immer war Franz ein schöner Mann, schlank und kraftvoll mit strahlenden, grauen Augen, nur ganz vereinzelt durchzogen lichte Fäden das dunkelblonde Haar. Er war der treueste Nachbar und fast täglicher Abendgast in Waldenstein, das Patenkind war sein Sonnenschein, und Onkel Franz ging der Kleinen wiederum über alles. Franziska hatte man sie getauft und Fränzchen wurde sie allgemein genannt.

Sie war ja siebzehn Jahre alt. Es war ein dämmernder Februarabend, als das Schellengeläut eines Schlittens zu den Wohnzimmern emporklang, wo die Familie, anscheinend eine gewisse Erregung eines vor dem anderen verbergend, bei der Lampe saß.

„Onkel Franz!" rief Fränzchen, und helle Freude leuchtete aus ihren großen Augen dem bald darauf Eintretenden entgegen.

Doch zugleich errötete sie tief und reichte ihm etwas befangen die Hand, die er ernster, als es sonst seine Gewohnheit war, drückte. Dann begrüßte er Lina, die zart und noch sehr jugendlich aussah und ihn freundlich willkommen hieß.

„Soeben begegnete mir Graf Sponneks Schlitten," begann Franz, „er sah so unfroh aus; sag', Heino, warum ließest du ihn um diese Zeit fort? Das finde ich grausam, er hatte doch sicher gehofft, bei euch den Abend zu verbringen."

Das junge Mädchen hatte geräuschlos das Zimmer verlassen.

„Da mußt du dein Patenkind fragen, lieber Freund," entgegnete der Schloßherr.

„Wie meinst du das?"

„Nun, er hat um sie angehalten, und sie hat ihm einen ganz einfachen Korb gegeben!"

Franz war aufgesprungen und durchmaß mit großen Schritten das Zimmer.

„Ich glaubte, er sei ein gern gesehener Bewerber, so wohlerzogen, von gutem Charakter, dabei hübsch und ritterlich." Nach einer Pause fragte er erregt: „Welchen Grund gab sie denn an? Ich würde ja nicht fragen, aber sie ist doch mein Patchen"; seine Stimme zitterte.

(Fortsetzung folgt.)

GV Wirtschaftsteil. GV

!! **Olpe**, 28. Jan. **(Anrechnung der Zusatzrente für Kriegsbeschädigte auf die Erwerbslosenunterstützung.)** Von verschiedenen Erwerbslosenfürsorgestellen wird die Zusatzrente bei Kriegsbeschädigten als Rentenbezug im Sinne des § 12 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 1. 11. 21 angesehen und daher die Unterstützung um den halben Betrag der eigentlichen Rente und der Zusatzrente gekürzt wird. Die Maßnahme ist falsch. Nach § 90 des R. V. G. wird die Zusatzrente erst dann gezahlt, wenn das regelmäßige Einkommen die festgesetzte Höchstgrenze nicht übersteigt. Für den Abzug kommt auch dem neuerlichen Erlaß des R. A. M. nur die wirkliche Rente in Frage.

)(**Olpe**, 28. Jan. **(Vergünstigung für Kriegsbeschädigte bei Eisenbahnfahrten.)** Die Fahrvergünstigung für die Kriegsbeschädigten sind gemäß Ziffer 1. A. der Ausführungsbestimmungen zu § 12 der Eisenbahnverkehrsordnungi dahingehend erweitert worden, daß die Kriegsbeschädigten auch bei der Benutzung der vierten Wagenklasse zum **halben Preise** befördert werden.

?? **Olpe**, 28. Jan. Die **Landesbank** der Provinz Westfalen in Münster gibt bekannt, daß in den nächsten Tagen eine ministerielle Verordnung ergehen wird, wonach sämtliche Reichs- und Staatskassen, also auch Post und Eisenbahn, die s. Zt. ausgegebenen **westfälischen Goldmarkscheine** in Zahlung nehmen müssen. Bekanntlich gingen verschiedentlich Mitteilungen durch die Zeitungen, daß diese Scheine keine Zahlungsmittel seien. Durch diese Verordnung wird hoffentlich erreicht, daß die vielfach gezeigte Abneigung gegen diese Scheine schwindet. Die Landesbank hat sich übrigens verpflichtet, diese Scheine vom 16. Februar ab gegen andere Zahlungsmittel umzutauschen. Der Umtausch kann zu dieser Zeit auch erfolgen durch Vermittlung der westfälischen Sparkassen und Banken.

—0— **Attendorn**, 28. Jan. Infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten ist der ganzen **Belegschaft** des Eichener Walzwerkes **„Charlottenhütte“ gekündigt** worden, sodaß seit Samstag der ganze Betrieb stillgelegt ist.

Briefe an das S. V

Förde, 28. Jan. Man schreibt dem S. V.: Auf das Eingesandt des Gemeindevorstehers zu Förde vom 24. Januar in Nr. 20 des S. V. möge **nur dieses** erwidert werden:

1. Richtig ist, daß die Aufsichtsbehörde drei weitere Beamte für das Amt Bilstein verlangt; aber es handelt sich in diesem Falle nicht um Verwaltungs-, sondern um **Polizeibeamte**. Ob die Abbauverordnung auf die Verwaltung des Amtes Bilstein Anwendung finden kann, bezw. finden wird, das hat zugunterletzt nicht der Gemeindevorsteher von Förde, sondern die Staatsbehörde zu entscheiden.

2. Bekannt ist, was der Gemeindevorsteher Beule schreibt, daß die Gemeinde Förde das Hotel zur Post käuflich erwarb. Er hätte noch hinzufügen können, daß sie dann dieses Gebäude gegen den Gasthof Heydorn mit den Nebengebäuden umtauschte, was vielfach Unwillen hervorrief, daß sie darauf später das Heydorn'sche Hotel wieder verkaufte, obgleich schon damals die Geldentwertung eingesetzt hatte und wohl kaum einer noch Sachwerte gegen Papiergeld veräußerte. Das war ein nicht wiedergutzumachender Fehler, auch insofern, als die Gemeinde dadurch ein Gebäude preisgab, das **jederzeit** dem Amte als ein geeignetes Amtshaus hätte angeboten werden können.

3. Was die **Dienstobliegenheiten** und infolgedessen die **Entschädigung** der Vorsteher von Elspe und Förde angeht, scheint man nicht nur in manchen Kreisen des Amtes Bilstein, sondern auch an behördlicher Stelle anderer Ansicht zu sein, als der Gemeindevorsteher Beule es ist; denn, wie es heißt, wird von dieser Stelle aus eine nicht unbedeutende Herabsetzung der Dienstbezüge verlangt. Näher als es bisher geschehen ist, auf das Einkommen der Vorsteher und auf die von Beule so hervorgehobenen und seit langem gelübte „Sparsamkeitspolitik einzugehen, soll hier vermieden werden, weil alles Persönliche aus dem Meinungstausch herausbleiben soll.

4. Was die vier Gemeindekassenrendanten betrifft, so liegen die Verhältnisse heute anders als vor 25 Jahren. Was die Aufsichtsbehörde damals vielfach als unzweckmäßig beseitigte, wird sie heute aus Sparsamkeitsrücksichten wohl oder übel wieder einführen müssen.

5. Im übrigen ist mit Genugtuung festzustellen, daß Gemeindevorsteher Beule in der Frage der Verlegung des Amtes und der Amtssparkasse nach Grevenbrück dieselbe Ansicht vertritt.

Spectator.

Provinzielles

WTB Elberfeld, 25. Jan. Ein **böser Irrtum** ist vor einigen Tagen einem diensttuenden Beamten eines Postschalters unterlaufen. Statt Steuermarken zu 1 Mark hatte er solche zu 100 Mark ausgegeben und dadurch einen Fehlbetrag von 1500 Rentenmark in seiner Kasse erlitten, den er ersetzen soll.

—* **Dorsten**, 25. Jan. In diesen Tagen waren 225 Jahre verflossen, seitdem die **Ursulinen** von Köln aus in Dorsten zur Heranbildung der weiblichen Jugend eine klösterliche Niederlassen gründeten. Entsprechend den Zeitverhältnissen gestaltete sich die Jubiläumsfeier schlicht und einfach. Nach voraufgegangenen Gottesdienst fand eine Schulfeier statt, bei der Studienrat Schauerte die Festrede hielt. Beigeordneter Müller überbrachte die Glückwünsche des Magistrats. Stellvertretender Stadtverordnetenvorster Oberpostsekretär Ridder sprach im Namen des Stadtverordnetenkollegiums. Dieses habe umsomehr Veranlassung, des seltenen Jubiläums dankbarst zu gedenken, als sich die aufopfernde segensreiche Tätigkeit der Ursulinen auf erzieherischem und caritativem Gebiete bereits über zwei Jahrhunderte hindurch bewährt habe. Das Stadtverordnetenkollegium wünsche, daß das gute Verhältnis zwischen Kloster und Bürgerschaft dauernd bestehen bleibe. Frau Oberin Mutter Laurentia dankte herzlichst für die Glückwünsche und versprach auch fernerhin rege Mitarbeit bei Erziehung der weiblichen Jugend.

Um den Schutz der deutschen Währung

Die Beratungen der beiden Sachverständigen-Ausschüsse in Paris haben die Erwartungen, die wir auf das Ergebnis einer unparteiischen, rein sachlichen und geschäftsmäßigen Prüfung der Dinge immer gesetzt haben, durchaus gerechtfertigt. Die Mitglieder beider Ausschüsse kommen demnächst nach **Berlin**. Der erste Sachverständigen-Ausschuß, der die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen sich vornimmt, hatte von Anfang an die Absicht, in Berlin an Hand der Bücher selber sich über die Finanzlage Deutschlands zu orientieren. Daß auch die Mitglieder des zweiten Sachverständigen-Ausschusses, der die Möglichkeit zur Rückführung deutscher Kapitalien aus dem Ausland prüft, nach Berlin kommen wollen, bedeutet allenthalben eine große Ueberraschung. Und doch kann der deutschen Regierung und dem deutschen Volke nichts angenehmer sein als dieser Entschluß. Bietet sich doch die Möglichkeit, die Erklärungen der Reichsregierung über alle diese Fragen an Ort und Stelle nachzuprüfen.

Wenn die Sachverständigen ihre Untersuchungen abgeschlossen haben, werden sie einen Bericht und ein Gutachten verfassen, das den weiteren Verhandlungen der Reparationskommission zugrunde gelegt werden soll. Dieses Gutachten wird von einer entscheidenden Bedeutung sein. Von ihm wird es abhängen, ob nun endlich auf der Gegenseite diejenige Finanz- und Wirtschaftspolitik eingeschlagen wird, die der Stützung der deutschen Währung ihr Hauptaugenmerk zuwendet als der Voraussetzung für eine innerwirtschaftliche Gesundung Deutschlands und damit seiner Leistungsfähigkeit nach außen hin, also insbesondere auch im Interesse der Reparationsgläubiger.

Und was schließlich die Rückführung der im Ausland befindlichen fremden Kapitalien betrifft, von deren Größe man sich im Ausland den unsinnigsten Vorstellungen hingibt, so darf darauf hingewiesen werden, daß das beste, ja das **einzige** Mittel, diese Kapitalien der Heimat wieder zuzuführen, die **Gesundung der deutschen Finanzwirtschaft und die Stabilität der deutschen Währung** ist. Wir haben gerade in der Zeit der jetzt **zwei Monate andauernden Stabilität der Währung** nachdrücklich die Erfahrung machen können, daß die im Ausland Unterkunft suchenden deutschen Kapitalien ziemlich rasch wieder zurückgeflossen sind, denn angesichts der übrigens gestissentlich und in durchaus gerechtfertigter Weise von seiten der Reichsregierung und der Reichsbank geübten Politik der Kapital-Verengung ist die Industrie und die Wirtschaft zur Heranziehung aller verfügbaren Geld-Reserven genötigt, um über die gegenwärtige Uebergangszeit hinwegzukommen.

Wenn jetzt auch von den Sachverständigen als Voraussetzung für die Beteiligung des Auslandes an der Zentral-Goldnotenbank unter anderem gefordert wird, daß zunächst aus Deutschland selber die nötigen Metall- und Devisenbestände beschafft werden, dann darf man doch einen Zweifel darüber aussprechen, daß der Erfolg einer derartigen freiwilligen oder auch erzwungenen Devisen-Ablieferung auch den Erwartungen entspräche. Denn auch die inländischen, allerdings der Produktion völlig entzogenen Devisenbestände, sind doch sehr vermindert worden unter dem Zeichen der Stabilität der Währung, weil eben die Aufrechterhaltung der Betriebe die Sicherung neuer Warenvorräte und dergleichen zu solchen Maßnahmen zwang.

In der Tat erachten wir es als eine vaterländische Pflicht, daß alle diejenigen Kreise der Wirtschaft, die noch über Devisen- und Goldbestände verfügen, nunmehr, da die zentrale Goldnotenbank in wirklich greifbarer Nähe steht, und damit endlich Aussicht auf eine **endgültige** Stabilität der Währung sich eröffnet, alles dazu beitragen werden, was in ihren Kräften steht, um die Bank in ihrem Bestand und in ihrem Rückhalt zu sichern. Je größer die deutsche Mithilfe, um so stärker wird auch das Ausland sich beteiligen, das für die Errichtung einer deutschen Goldnotenbank das größte Interesse entgegenbringt und das zu weitgehenden Kapitalbeteiligungen bereit ist, diesbezügliche Zusicherungen auch schon gemacht hat. Um so stärker wird aber auch diese Goldnotenbank selber in sich verankert und damit imstande sein, die kommende Goldwährung in Deutschland unbedingt zu sichern.

Das Ausland hat gewiß auch ein Interesse daran, daß Deutschland zu festen Währungsverhältnissen kommt, denn die Rentenmark ist ja nur ein Binnen-Zahlungsmittel, und bei den vielen Verflechtungen Deutschlands mito dem Weltmarkt muß das Ausland ein in aller Welt kursfähiges deutsches und zugleich internationales Zahlungsmittel besitzen.

Die tunlichst rasche Errichtung einer Zentral-Goldnotenbank erfordert ganz gebieterisch Sicherung des Schutzes der Währung und auch der gegenwärtigen Stabilität. Wir müssen uns klar darüber sein, daß die gegenwärtige Lage voller Gefahren ist. Die Rentenmark ist nur eine Zwischenlösung. Die gegenwärtig auf der Rentenmark-Basis sich gründende Stabilität der Währung ist ebensalls nur eine provisorische. Es kann eigentlich jeden Tag ein Ereignis eintreten, das diesem Provisorium einen empfindlichen Schlag versetzt. Man braucht nur daran zu denken, wie ungeheuer kritisch die Reichsfinanzen beeinflußt werden durch die Tatsache der riesigen Besatzungskosten. Hat doch jetzt die Rentenbank-Verwaltung bei der Reichsregierung offiziell Einspruch gegen die Weiterzahlung der Besatzungskosten erhoben. Dieses Vorgehen ist gewiß diktiert von der Sorge um den Schutz der Währung, aber andererseits dürfen wir auch nicht die Sorge um die Erhaltung der besetzten Gebiete vergessen. Es gibt auch eine finanzielle Verfacung, gegen die wir uns mit allen Kräften wenden müssen. Freilich ist das Problem sehr schwer zu meistern und die Reichsregierung befindet sich in einer abscheulichen Zwickmühle. Wir müssen klar die Situation erkennen, daß die gegenwärtige Finanzpolitik auch heute noch, wie von der ersten Stunde ihres Bestehens an, dem allerschwersten Druck von allen möglichen Seiten ausgesetzt ist. Die spätere Darstellung des Kampfes um die Erhaltung der jetzigen provisorischen Stabilität gegen geradezu fantastische Widerstände wird zum lehrreichsten, aber auch bedenklichsten Kapitel unserer Wirtschaftsgeschichte gehören. Es sind sehr starke Kräfte am Werk, die an einer neuen Inflation ein großes Interesie haben, weil sie damit wieder ihre Ziele, denen jetzt ein hoher Damm entgegengesetzt war, fördern zu können glauben. Und diese Kräfte wehren sich mit aller Macht gegen die Verwirklichung des Plans der Zentral-Goldnotenbank. Die Gegenseite muß sich nun klar darüber werden, ob ihr die Fortsetzung der Zahlung der Besatzungskosten wichtiger ist ols die Gesundung der deutschen Finanzen und die daraus sich ergebende Möglichkeit der Erfüllung der deutschen Verpflichtungen.

Marktpreis und Leistungswucher.

Der preußische Justizminister hat eine Verfügung über die Behandlung von Preistreibereistraffachen herausgegeben, aus der der amtliche preußische Pressedienst u. a. mitteilt: Als **Marktpreis** kommen vor allem die unter amtlicher Mitwirkung bekanntgemachten Börsen- und Marktpreise in Betracht, ferner auch die Notierungen durch sogenannte Notierungskommissionen. Die in dem Preis enthaltenen Fabrikations- und Handelszuschläge in einer das Friedensmaß erreichenden oder gar übersteigenden Höhe zu bemessen, kann nicht gebilligt werden. Der sogenannte **Leistungswucher** ist ebensalls unter Strafe gestellt. Die Vorschriften über Leistungswucher finden auch auf wissenschaftliche Leistungen der freien Berufe (Aerzte und Rechtsanwälte), Anwendung. Von der Möglichkeit, den Verurteilten im Urteil den Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs zu untersagen und unter gewissen Voraussetzungen auch die Schließung von Geschäftsräumen vorzunehmen, soll Gebrauch gemacht werden in allen Fällen, in denen sie nach der Schwere der Straftat und den Umständen der Fälle am Platze erscheinen.

Wem Gott will rechte Gunst erweisen . . .

Eindrücke und Erfahrungen auf einer Reise nach Holland.

Ich mag sein, wo ich will, in Spanien, Frankreich, England, Deutschland oder auch daheim, jeden morgen gehe ich zur heiligen Kommunion, ebenso meine ganze Familie. Wie beruhigt es mich, wenn ich im Ausland weile, und weiß alle meine Angehörigen sind im Stande der hl. Gnade und somit in Gottes Schutz.“ Ich dachte unwillkürlich an des Heilands Wort: „Einen solchen Glauben habe ich .... nicht gefunden.“ Ein anderes Beispiel religiösen Lebens ist dieses: Ich war einige Tage zu Gaste bei einem Direktor eines Unternehmens. Er hatte eine Familie von 9 Personen. Allabendlich kniete die Familie vor dem Bilde des hl. Herzens Jesu nieder, der Vater betete den Rosenkranz und das Abendgebet vor. Ein Priester seiner Familie. Daß Leute dieser Art sich freuen, ihren Glauben auch nach außen zu bekennen, ist klar. Eifrig ist man dabei, die Vorbereitungen für den eucharistischen Kongreß zu treffen, der vom 22.—27. Juli dieses Jahres in Amsterdam tagen wird. Amsterdam hat eine besondere Berufung für gerade diesen Kongreß. Im Jahre 1345 ereignete sich dort das bekannte eucharistische Wunder, in dem die hl. Hostie vor dem Verbrennen bewahrt wurde. Alljährlich ziehen am Jahrestage dieses Ereignisses in später Abendstunde Tausende von katholischen Männern nach Amsterdam, um in einer eigentümlichen Prozession leise betend den Preis des eucharistischen Heilandes zu verkünden. Die stille Prozession zieht dieselben Straßen, die einstmals der kirchliche Festzug vor der Reformation genommen hat. Diese Art, eine Prozession abzuhalten, mutet uns sonderbar an, sie ist aber verständlich, wenn man bedenkt, daß in Holland ein Verbot religiöser Kundgebungen auf den Straßen und öffentlichen Plätzen besteht. Aus diesem Grunde wird auch der eucharistische Kongreß nicht mit einer Prozession geschlossen werden, sondern mit einem Festzug der katholischen Vereine, dem die Bischöfe im Zweispänner, die Kardinäle im Vierspänner und der Kardinallegat in einem von sechs Pferden gezogenen Prunkwagen folgen sollen. Jedenfalls wird dieser Kongreß ein Glanzfest des holländischen Katholizismus werden. Allenthalben wird von der großen Sommerveranstaltung in Amsterdam gesprochen, alle wollen dabei sein. Hollandia docet. Früher hat es einmal geheißen: Germania docet. Dieses Wort ist längst durch die Entwickelung der Dinge in Deutschland unwahr geworden. Man schaut trotzdem noch auf Deutschland auch in Holland, doch nicht mit Achtung; Blicke des Mitleides sind es, die auf uns gerichtet sind. Armes deutsches Volk, falsch geführt, ja verführt zu seinem Unglück. Armes deutsches Volk, falsch geführt, ja verführt zu seinem Unglück. Das ist der Gedante über uns Deutsche in ganz Holland, man kann fast sagen, in der ganzen Welt. Wie oft habe ich es gehört: „Hättet ihr Deutsche andere Führer gehabt, es wäre nicht soweit gekommen“. Ich dachte bei mir, recht hat man, wenn man so spricht.

Dieser Gedanke kam mir besonders start, als ich eines Tages in Doorn stand, wo der Hauptführer unseres Volkes als Gefangener ein beschauliches Leben führt. Es ist wohl für jedermann interessant etwas über **Doorn** zu hören. Bekannt ist ja, daß Wilhelm 2. sich zuerst nach Amerongen wandte und dort einige Zeit beim Grafen Benting wohnte. Hier verbrachte er seine Tage mit allerhand nützlichen Arbeiten, wie Fällen von Bäumen. So wurde mir wenigstens erzählt, beim 1000sten Baum soll er nun aus dessen Holz kleine Medaillen haben herstellen lassen, mit der Inschrift: Zur Erinnerung an den von mir gefällten 1000sten Baum. gez. Wilhelm J. R. Diese Medaillen soll er an die Arbeiter verteilt haben. Ob es wahr ist, weiß ich nicht; man erzählte es mir.

Von Amerongen siedelte der ehrmalige Hof alsbald nach Doorn über. Ich hatte die Gelegenheit, mit einem Freunde im Auto dorthin zu fahren und benutzte dies gerne. Man mag Monarchist oder Republikaner sein, man mag zu den Hohenzollern stehen wie man will: es ist immer interessant, den Aufenthalts- zu Verbannungsort eines gestürzten Kaisers kennen zu lernen. Doorn liegt nicht allzuweit von Utrecht in einem schönen Fleckchen Erde. Es ist ein Ort, der in seinem äußeren Anblick an Mehlem a. Rhein erinnert. Außerhalb dieses Ortes liegt in einem schönen Park versteckt das Eigentum des Exkaisers. Zahllose Ansichtskarten zeigen das Schloß im Bilde. Man denke sich ein großes, gleichmäßiges altes Haus aus etwa dem 18. Jahrhundert, mit einer Reihe hoher Fenster, etwas höher als die Umgebung gelegen; dann hat man das Heim von Doorn. Das ganze Besitztum ist von einem etwa 2—3 Meter hohen Zaun von Maschendraht umgeben; vorn am Haupteingang dieses Zaunes ist in einem 1920 errichteten Gebäude der „Stab“ oder wenn man will das „Ministerium“ untergebracht. Will man die Größe des ganzen Besitztums ermessen, so bedenke man, daß etwa eine halbe Stunde notwendig ist, um den Zaun, an dem ein Fußpfad entlang führt, zu umgehen. Also immerhin ein ziemlich ansehnliches Areal.

In diesem schlechten verhältnismäßig sehr kleinen Reiche verlebt der einst so gefeierte und von vielen so gefürchtete Wilhelm J. R. die letzten Jahre seines Lebens. Sie transit gloria mundi dachte ich beim Anblick des Ganzen. Wehmütig stimmte mich das Gefühl, daß es uns Deutschen fast allen so ergangen ist, wie dem ehemaligen Lenker unseres Reiches. Gestürzt und gedemütigt sind wir alle. Ich äußerte diesen Gedanken meinen holländischen Freunden, und alle sagten sie mir: „gewiß seid ihr gedemütigt, ihr Deutsche habt auch etwas verdient“. Das tat weh, aus neutralem Munde, dieses Wort hören zu müssen. Recht haben diese Freunde trotzdem, wie sie hoffentlich auch das Richtige getroffen haben, wenn sie sagten,“ fangt friedlich von neuem wieder an und im Vertrauen auf die im deutschen Volke vorhandene Kraft, und mit Gottes Hilfe wird Deutschland wieder zur Höhe kommen. Mit diesen Worten verbanden die meisten meiner Bekannten die Mahnung, die jeder Deutsche sich merken möge:

„Nicht mit Säbelrasseln und Kriegsdrohungen erreicht Deutschland sein Ziel des Wiederaufstiegs, sondern mit friedlicher Arbeit und Vertrauen auf Gott.

Die Ausbildung der ländlichen Haushaltpflegerin.

Alt ist der Beruf der leitenden Wirtschafterin auf ländlichen Gütern. Soll diese den heutigen gesteigerten Anforderungen genügen, so ist neben der praktischen Lehre eine vertiefte schulmäßige Ausbildung für den Beruf der bäuerlichen Haushaltpflegerin (Hausbeamtin) erforderlich. Infolgedessen hat das preußische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten deren Ausbildung staatlich geregelt. Die Grundlage ist eine praktische Lehrzeit in einem ländlichen Haushalt mit abschließender Lehrlingsprüfung an der Landwirtschaftskammer. Darauf folgt der einjährige Besuch einer berechtigten Anstalt, abschließend mit staatlicher Prüfung. Nach zweijähriger Tätigkeit in besoldeter Stellung wird auf Antrag die staatliche Anerkennung als staatlich geprüfte Haushaltpflegerin erteilt. Zur Aufnahme in den Lehrgang für staatlich geprüfte Haushaltpflegerinnen berechtigen der erfolgreich abgeschlossene Besuch eines Lyzeums, einer anerkannten Mädchen-Mittelschule oder einer höheren Mädchenschule, ferner der abgeschlossene Besuch einer Volksschule, wenn vor dem Eintritt in den Lehrgang für Haushaltpflegerinnen eine Aufnahmeprüfung erfolgt ist. Die staatliche Anerkennung läßt hoffen, daß tüchtige junge Mädchen, die Neigung zu hauswirtschaftlicher Betätigung zeigen, sich mehr als bisher dem Berufe zuwenden, so daß die Nachfrage nach durchgebildeten, geschulten, leitenden hauswirtschaftlichen Kräften befriedigt werden kann. Die wirtschaftlichen Frauenschulen Selikum bei Reuß, Mallinckrodthof bei Borchen, Kreis Paderborn und im Inselbad zu Paderborn sind mit besonderem Lehrgang für Ausbildung der ländlichen Haushaltpflegerin ausgestattet. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsführung der Gesellschaft für landwirtschaftliche Frauenbildung, M.-Gladbach, Sandstr. 5—11.

Kirchliches.

Der Papst an Bischof von Keppler.

Papst Pius 11. hat aus Anlaß des 25. Jahrestages des Episkopats des Bischofs Dr. v. **Keppler** in Rottenburg diesem ein sehr warm und herzlich gehaltenes **Glückwunschschreiben** gesandt, worin er, wie er ausdrücklich betont, dem Jubilar öffentlich bezeugen möchte, daß er ihn nicht weniger wertschätze, als die Diözesanen, die Priester und die Bischöfe Deutschlands es tun, die sein reines und heiligmäßiges Leben wie die gute Verwaltung des Hirtenamtes rühmen und aus der wissenschaftlichen Bildung und der ausgebreiteten Gelehrsamkeit, die Bischof v. Keppler in gewichtigen, dem Papst selber durchaus nicht unbekannten Büchern niedergelegt habe, für ihren eigenen geistigen Bedarf viel geistigen Gewinn gezogen hätten. Dazu komme eine solche Kraft und Gewandtheit der Rede, daß der Jubilar mit vollem Recht als der Meister des Wortes im deutschen Klerus angesehen werde. Dem päpstlichen Schreiben ist ein großes Porträt des Papstes beigefügt, auf dem dieser eigenhändig seine besten Glückwünsche und seinen Segen zur Jubiläumsfeier übermittelt hat.

* **Düsseldorf**, 27. Jan. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, im Zusammenhang mit Unruhen in der letzten Zeit eine **siebenköpfige Verbrecherbande** zu verhaften, der Totschlagversuch, Bedrohung, Raubüberfall, Nötigung, Entwaffnung von Polizeibeamten usw. zur Last gelegt werden.

* **Remscheid**, 25. Jan. In der Nacht zum Mittwoch, gegen 12 Uhr, war über Remscheid ein **prachtvoller Komet** zu sehen. Sein Schweif ging von Osten nach Westen und zeigte eine starke, das Mondlicht überstrahlende Lichtfülle. Die Erscheinung war während einer längeren Zeitspanne deutlich zu sehen. Ihr eigenartiger Reiz wurde dadurch erhöht, daß der Komet vor der Mondscheibe herellte.

Vermischtes

* **Vulkane, die Kälte bringen.** Die starke Kälte, die in diesem Jahr allerorten herrscht, scheint mit den Vulkanausbrüchen der letzten Zeit in einem gewissen Zusammenhang zu stehen. Wenigstens behauptet dies der englische Meteorologe George F. Sleggs, der in einem Aufsatz darauf hinweist, daß seit der Vernichtung Pompejis im Jahre 79 n. Chr. große Vulkanausbrüche immer schwere Störungen des Klimas hervorgerufen haben. In zahllosen Fällen hat der Ausbruch eines Vulkans später Kälteperioden zur Folge gehabt, und die moderne Wissenschaft will sogar die Entstehung der Eiszeitalter mit gewaltigen vulkanischen Erscheinungen in Verbindung bringen. Um zu verstehen, wie Vulkanausbrüche Kälte bringen können, weist der Gelehrte auf einige Tatsachen in den Erscheinungen der Erdatmosphäre hin. Man hat durch die Methode von Registrierballons, die Thermometer tragen, festgestellt, daß in einer Höhe von 10 Kilometern der Erdoberfläche in der Atmosphäre eine beständige Temperatur herrscht, und daß es in diesen hohen Luftschichten keine Wolken, keine Stürme und keinen Regen gibt. Wolken, Stürme und Regen treten nur in den Luftschichten auf, die unter 10 Kilometer Höhe liegen. Während eines Vulkanausbruches werden ungeheure Staubmassen in die Luft gebracht, die sehr hoch steigen. Der Ausbruch des Tombero 1815, bei dem 56 000 Menschen zugrunde gingen, brachte so viel Rauch und Dunst mit sich, daß drei Tage lang in einer Entfernung von 500 Kilometer Dunkelheit herrschte. Die Rauchwolken der Vulkane sind von Zeit zu Zeit gemessen worden, und man fand, daß sie in Höhen bis zu 20 Kilometer emporsteigen. Es muß daher eine große Menge von Staub durch die Vulkanausbrüche in die höchsten Luftschichten gebracht werden. Da diese Staubpartikel durch keine Wolken aufgenommen und durch keinen Regen weggewaschen werden so entsteht eine Art Staubschleier, der die Wirkung des Sonnenlichts auf die Erde stark beeinträchtigt. Die Staubpartikelchen der Vulkane sind so winzig, daß sie diswellen mehr als ein Jahr brauchen, um in die unteren Luftschichten zu gelangen, wo sie von dem Regen auf die Erde gebracht werden. Der vulkanische Staub verbreitet sich in den hohen Luftschichten in wenigen Monaten über die ganze Erde und bildet so ein Hindernis für das Durchdringen der Sonnenstrahlen, das sich in unserer Temperatur bemerkbar macht. Man hat berechnet, daß die verhältnismäßig geringe Menge von eineinhalbtausendfünfhundertstel einer englischer Kubikmeile vulkanischen Staubes, wenn sie rund um die ganze Erde verteilt ist, die Intensität des Sonnenlichtes um 20 Prozent verringert und bei fortgesetzter Einwirkung bereits ein Eiszeitalter hervorrufen könnte. Es ist daher verständlich, daß man die Entstehung der vorgeschichtlichen Eisperioden mit gewaltigen Vulkanausbrüchen in Zusammenhang bringt, und auch die bei uns jetzt herrschende Kälte kann durch die vulkanischen Eruptionen der letzten Zeit hervorgerufen sein.

* **Ein schauerliches Erlebnis** hatten nach der Basler Nationalzeitung zwei **italienische Flieger**, Marineleutnant Chiacherini, Kommandant der Flugstation Orbetello, und Marineflieger di Marina, die während eines heftigen Sturmes **in das Mittelländische Meer stürzten** und nach mehreren Stunden verzweifelten Kampfes mit den Wellen durch drei Matrosen des kleinen Seglers Paolina von Biareggio gerettet wurden. Die Flieger hatten am frühen Morgen Orbetello verlassen, um nach Spezia zu fliegen, gerieten aber in einen furchtbaren Sturm. Schließlich stürzte infolge eines Motorschadens der Apparat ins Wasser, dessen Wellen der Sturm peitschte. Die Flieger befanden sich etwa 500 Meter vom Ufer entfernt, wurden aber mit großer Schnelligkeit abgetrieben und verloren bald das Land außer Sicht. Der Apparat wurde von den Wellen auf und ab geschleudert, befand sich bald auf den Wellenkämmen, dann wieder unter Wasser. Eine große Welle jedoch drückte ihn unter sich und warf die Flieger in die aufgewühlte See. Sie erkletterten das wieder auftauchende Wrack des Flugzeuges und versuchten die Aufmerksamkeit des in der Nähe mit den Wellen kämpfenden Seglers „Paolina" zu erregen. Nach Stunden erst wurden sie bemerkt, und das Schiff machte alle Anstrengungen, das Wrack zu erreichen, was aber infolge der schweren See und des wütenden Sturmes mißlang. Schließlich begaben sich der erste Maat und zwei Matrosen in das kleine Rettungsboot des Seglers und ruderten auf den Apparat zu. Nach zwei Stunden gelang es ihnen, an die Flieger heranzukommen und sie in ihr Boot zu ziehen, das dann mit großer Anstrengung den Segler erreichte.

* **Platinlager, die im Monde liegen.** Vor längerer Zeit kamen aus verschiedenen Gegenden des Sauerlandes (**Wenden**) und des vormaligen Fürstentums Waldeck Nachrichten über sehr ergiebige Platinlager, die entdeckt sein sollten. Verschiedene Börsenagenten versuchten daraufhin, um eine Platinproduktionsgesellschaft zu gründen, bei Börsen- und Geldleuten größere Kapitalien zu erlangen. Die Versuche eines gewissen Rodhoff aus Hamburg, eines Maklers Heß aus Hannover und eines Agenten Flemming aus Berlin hätten in den nordischen Ländern keinen Erfolg, aber in Holland fielen ihnen verschiedene Personen mit beträchtlichen Kapitalien zur Beute. Das Geld wurde verjubelt. Rodhoff konnte kürzlich verhaftet werden; die beiden anderen entkamen. Die geologische Gesellschaft in Berlin läßt zur Klärung mitteilen, daß nach amtlichen Feststellungen sich **nirgendwo in Deutschland** Platin in solchen Mengen finde, daß eine Ausbeutung sich als lohnend erweisen würde.

Letzte Telegramme.

Das Begräbnis Lenins.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Moskau, 27. Jan. (Drahtbericht.)

Anläßlich der Bestattung Lenins wurden heute in ganz Sowjetrußland Gewehrschüsse abgegeben, die Fabrikfirenen heulten, die Eisenbahnen und elektrischen Bahnen standen still, jeder Telegraphen- und Telefonverkehr ruhte 5 Minuten. Ueber eine Million gab Lenin das letzte Geleit. Namens der bei der Sowjetregierung beglaubigten Botschafter und diplomatischen Vertreter legte der deutsche Botschafter einen Kranz am Sarge Lenins nieder.

Die Berliner Trauerfeier für Lenin.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 27. Januar.

Heute fand im Berliner Schauspielhause unter sehr starker Beteiligung eine Trauerfeier für Lenin statt, die ohne Zwischenfall verlief. Vor dem Schauspielhause hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die in starke Pfui- und Niederrufe gegen die Schupo ausbrach. Die Schupo mußte zur Aufrechterhaltung der Ordnung mit Gummiknüppeln einschreiten. 3 der Manifestanten, die Beamte schwer angegriffen hatten, wurden festgenommen.

Der neue Name von Petersburg.

Die Petersburger Sowjetregierung beschloß auf einen an ihn gerichteten telegraphischen Vorschlag Sinowiews, die Stadt Petersburg in **Leningrad** umzunennen.

Der belgische Außenminister bei Poincare.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 27. Jan. (Drahtbericht.)

Gestern Vormittag traf plötzlich der belgische Außenminister Jaspar in Paris zum Besuche des französischen Ministerpräsidenten Poincare ein. Er konferierte länger Zeit mit Poincare und anschließend fand bei Poincare ein Diner statt, an dem auch der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch teilnahm. Nach Pariser Blättermeldungen wurde die Verwaltungsfrage des besetzten Gebietes, die Frage der Eisenbahnregie, die außenpolitische Lage im allgemeinen und die Arbeit der Sachverständigen besprochen.

Der polnische Gulden.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Warschau, 27. Jan. Gestern abend erschien ein Dekret des polnischen Ministerpräsidenten, gegengezeichnet durch den Finanzminister, das als **Münzeinheit** den polnischen Gulden schafft, der zu neuneinunddreißigstel aus Feingold besteht und in 100 Groschen eingeteilt ist.

Druck und Verlag:
Verlagsanstalt **F. J. Ruegenberg**, Olpe
verantwortlich für die Gesamtredaktion: Dr. phil. Albert Wand in Olpe; für die Berliner Redaktion: Dr. Krauß in Berlin-Schöneberg.

Verordnung.

Die augenblickliche innerpolitische Lage zeigt, daß eine gewisse Beruhigung der Bevölkerung eingetreten ist. Es ist anzunehmen, daß dieser Zustand infolge der stabilen Währungsverhältnisse in der nächsten Zukunft erhalten bleibt. Der Ausnahmezustand hat auf diejenigen Elemente, die die trostlose Lage zu Umsturzzwecken auszunutzen suchen, heilsam gewirkt, sodaß auch angenommen werden kann, daß von diesen Personen eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung vorläufig nicht zu befürchten ist.

Den Zusatz 1 meiner Verordnung, 6. Division I o Nr. 518 perf. vom 29. Sept. 1923 setze ich deshalb versuchsweise außer Kraft, soweit öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen in Frage kommen. Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge aller Art bleiben weiterhin verboten, weil die Erfahrung gezeigt hat, daß gerade derartige Ansammlungen oft dazu benutzt werden, die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu gefährden.

Den Einberufern öffentlicher Versammlungen in geschlossenen Räumen wird aufgegeben, die Versammlungen mit Angabe der Namen der vorgesehenen Redner mindestens 5 Tage vorher bei der örtlichen Polizeibehörde anzumelden, von deren Genehmigung sie abhängig sind.

Münster, den 10 Januar 1924.

Der Militärbefehlshaber.
gez. v. Loßberg, General-Leutnant.

Veröffentlicht.

Olpe, den 24 Januar 1924. I. Nr. 280

Der Landrat.

Verordnung.

Meine Verordnung vom 10. 12. 1923 Abt. I b Nr. 10 300 wird abgeändert und erhält vom heutigen Tage ab folgende Fassung:

Verordnung über Auszeichnung von Preisen im Kleinhandel.

§ 1.

Beim Feilhalten von Gegenständen des täglichen Bedarfs, die nach §§ 37 und 38 der Verordnung über Handelsbeschränkungen vom 13. Juli 1923 (R. G. Bl. I S. 706) mit Preisschildern oder Preisverzeichnissen zu versehen sind, ist der Grundpreis in Goldmark anzugeben.

Daneben ist im Schaufenster und in den Verkaufsräumen durch einen deutlichen lesbaren Aushang bekanntzugeben, welche Anzahl Papiermark auf eine Goldmark gerechnet wird und für welchen Tag und Tageszeit dieser Multiplikator gilt (z. B. 17. 11. 3° nachm. — 18. 11. 3° nachm.)

§ 2.

Zuwiderhandlungen werde ich auf Grund meiner Verordnung vom 22. 10. 1923 Ia 6868 gegebenenfalls mit Schutzhaft ahnden.

Münster, den 27. Dezember 1923.

Der Militärbefehlshaber:
2M Nr. 89 gez. v. Loßberg.

Gebrauchtes
Harmonium
zu kaufen gesucht.
Angebote mit Beschreibung und Preisangabe erbittet (j†255
Kath. Pfarramt Eckenhagen
(Kr. Waldbröl).

Ueber
120 Lehrlinge
sind Ostern 1924 in Handwerkslehre unterzubringen. Meldungen mit Nachweis der Befähigung zur Ausbildung von Lehrlingen zu richten an das
Städtische Waisenhaus in Köln,
Sülzgürtel 47.
Post Klettenberg. (j†151)

Halbtags-Mädchen
für Küche und Hausarbeit gesucht.
Näheres bei der Geschäftsst. d. Bl. (j†265

Guterhaltene
Kinderbettstelle
mit Matratze zu verk.
Zu erfr. in der Geschäftsst. d. Bl. (j†263

Schwerer
Fahrochs,
zu verkaufen. Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bls. (j†258

„UNITAS"
Geschäftsbücherfabrik
G m. b. H.
Siegen i W
Flarenwende — Telefon 2126

Wichtig und kostensparend!
Unbeschriebene Geschäftsbücher
mit veralteten oder durch die Umstellung auf Goldmarkgrundlage überholtem Kopfeindruck sind durch unsere patentamtl. geschützte Buchherstellungsart
wieder verwendbar.
Wir bitten um Einsendung der umzuändernden Bücher und der vorzusehenden neuen Kopfanordnung.
Die Umänderung kostet (j†260
25 % einer Neuanfertigung.

Pferdeversteigerung der Schutzpolizei Siegen
Am Mittwoch, dem 30. ds. Mts., vormittags 10 Uhr, auf dem städtischen Schlachthof Siegen zum Verkauf gelangen
2 Zugpferde
infolge Verminderung des Bestandes. Verkauf nur gegen Barzahlung. (j†259

Nach der Jagd !!!
empfehle ich meine besteingerichtete, mit gut geschulten Kräften versehene
Büchsenmacherei
für Reparaturen, Neuschäftung, Anfertigung neuer Läufe, Fernrohrmontagen, Brünieren, Aufarbeiten von sämtlichen Waffenarten.
Zu Neuanschaffungen empfehle ich, meinen Hauptkatalog mit Vorzugspreisen gratis anzufordern. (w10)
Erwin Kirchhoff, Waffenfabrik
Größtes Spezial-Geschäft des Berg-, Oberberg- u. Sauerlandes
Dieringhausen, unbes. Rheinland, Fernspr. 613 Amt Gummersbach.

Moderne
WERKSTATT
FÜR
AUTOMOBILE, MOTORRAEDER u. FAHRRAEDER
Heinr. Clemens,
OLPE i. W.
Winterbergstr. 4 Telefon 272.

Turn-Verein :-: Olpe
Turnstunden:
Damenturnen: Dienstags 8¼ — 10 Uhr
Frauen: Freitags 8¼ — 10 Uhr
Zöglinge: Mittwochs 8¼ — 10 Uhr
in der Turnhalle des Lehrerseminars.

Rest-Tapeten
weit unter Preis.
Anton Zimmermann,
Olpe b. Landratsamt. Telefon 270.

Auf diesem Wege rufe ich allen meinen werten Freunden und Gönnern bei meiner Versetzung nach Cassel ein
herzliches Lebwohl
zu. (j†262
Rich. Rüdiger,
Reichsbankbeamter.

Motto: Wie auch das Los des Schicksals fällt
Dank denen, die dich heiter machen;
Denn das Gesündeste auf dieser Welt
Ist, ab und zu sich krank zu lachen!

Volksbildungs-Verein Olpe
(Kath. Vereinshaussaal)
Dienstag, den 29. Januar, abends 8 Uhr
Fritz Reuter-Abend Gastspiel Fritz Reuter-Abend
des erfolgreichen Onkel Bräsig-Darstellers
Anton Melzer, Wiesbaden
Mitglied d. Gesellschaft für Volksbildung, Berlin, Inhaber der goldenen Fritz-Reuter-Medaille.
Onkel Bräsig in Berlin
Die Perle goldenen Humors! Charakterstudie im Kostüm!
Onkel Bräsig — Der Schutzmann
Bankier Bezbacher — Der Kellner
Der Polizeipräsident — Der Referendarius
Der Gefängniswärter — Der Photograph
Tübinger Chronik: Melzer bereitete gestern den Tübingern einen seltenen Genuß, er bot etwas noch nicht Erlebtes.
Schwäb. Volksztg., Ulm: Melzers Meisterleistung „Onkel Bräsig" wird dem Publikum unvergeßlich bleiben.
Regensb. Neueste Nachr.: Man hatte das Gefühl etwas Außerordentliches, Einzigartiges erlebt zu haben. Melzer ist eine köstliche Spezialität usw.
Karten à 1,— M. u. Schülerkarten 0,50 M. Vorverkauf bei Schöne, Marx u. Frerichmann sowie Abendkasse.

Mütter-Verein Olpe
Unser liebes Mitglied (j†264
Frau
Franz Melcher
geb. Redecker
ist gestorben.
Die Beerdigung findet Dienstag morgen 8¼ Uhr statt.

III. Orden Olpe
Unser liebes Mitglied
Frau
Franz Melcher
ist gestorben.
Die Beerdigung ist am Dienstag morgen 8¼ Uhr.

Brennholz
aller Art
kauft jeden Posten und bittet um Angebot
Nies & Co.,
Holzhauf (Sieg).
Telefon Nr. 209.

Maßschäfte
werden schnell u. sauber angefertigt. Garantie für gute Paßform.
Heinr. Reperich,
Schäftemacherei,
Olpe, Winterbergstr. 55.